



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmар Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäumlер, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Energiepreiskrise bewältigen. Menschen entlasten. Abhängigkeit von fossilen Energien beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die durch den Iran-Krieg und die Blockade der Straße von Hormus ausgelöste Energiepreiskrise die Menschen und die Wirtschaft in Deutschland und Bayern massiv belastet. Das vom Koalitionsausschuss am 12. April 2026 beschlossene Energiesofortprogramm ist daher ein wichtiger erster Schritt zur Entlastung.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und europäischer Ebene für weitere Maßnahmen einzusetzen:

- Entwicklung eines dauerhaften Preissicherungsmechanismus für Kraftstoffe, zum Beispiel nach dem Vorbild der Gaspreissbremse 2023, der zugleich Energiesparanreize setzt und über die befristete Energiesteuersenkung hinaus wirkt, solange die Krise andauert, und automatisch ausläuft, wenn sich die Marktlage normalisiert
- Einführung einer Übergewinnsteuer auf europäischer Ebene zur Abschöpfung krisenbedingter Sondergewinne der Mineralölwirtschaft und zur Gegenfinanzierung der Entlastungsmaßnahmen
- Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für alle Verbraucherinnen und Verbraucher, um die Elektrifizierung von Mobilität und Wärmeversorgung wirtschaftlich attraktiver zu machen
- Beschleunigung des Ausbaus der Stromnetze und Energiespeicher, um die Versorgungssicherheit bei wachsendem Anteil erneuerbarer Energien zu gewährleisten und die Abhängigkeit von fossileм Erdgas auch für die Absicherung von Dunkelflauten schrittweise zu verringern
- ein klares Ja zum beschleunigten Ausbau und der Förderung von Elektromobilität und Wärmepumpen, damit der Umstieg von fossilen auf elektrische Energieträger für Haushalte und Betriebe beschleunigt wird

Begründung:

Die Internationale Energieagentur stuft die durch den Iran-Krieg verursachte Angebotsstörung als die größte Krise in der Geschichte des globalen Ölmarkts ein. Die Straße von Hormus – das Nadelöhr für rund 20 Prozent des weltweiten Rohöltransports – ist faktisch blockiert. Die am 8. April 2026 verkündete Waffenruhe ist brüchig: Der Iran griff am ersten Tag weiterhin Ziele in Golfstaaten an, Israel nahm den Libanon von der Waf-

fenruhe aus, und am 12. April kündigte US-Präsident Donald Trump eine eigene Blockade durch die US-Marine an. Goldman Sachs warnt bei anhaltender Blockade vor Ölpreisen von 100 bis 120 Dollar pro Barrel. Experten rechnen bei einer längeren Unterbrechung sogar mit bis zu 150 Dollar – das wäre ein historischer Rekord und würde Spritpreise von fast drei Euro pro Liter bedeuten. Auch der Gasmarkt ist massiv betroffen: Qatars LNG-Komplex Ras Laffan, die größte LNG-Anlage der Welt, ist beschädigt, die vollständige Erholung wird drei bis fünf Jahre dauern. Die Gaspreise bleiben nach Experteneinschätzung selbst nach einem Friedensabkommen deutlich über Vorkriegsniveau – mit direkten Folgen für Millionen Haushalte, die mit Gas heizen, und für die Stromversorgung, weil Erdgas als Brückenenergie gebraucht wird.

Das Energiesofortprogramm des Koalitionsausschusses – die befristete Senkung der Energiesteuer um 17 Cent pro Liter für zwei Monate – ist als schnelle Krisenreaktion gut. Aber erstens ist die Maßnahme zeitlich begrenzt: Bundeskanzler Friedrich Merz hat selbst eingeräumt, dass die Preise danach wieder steigen werden, und die geopolitische Lage gibt keinen Anlass zur Annahme, dass sich die Krise bis dahin entspannt. Zweitens birgt eine pauschale Steuersenkung die Gefahr, dass ein erheblicher Teil der Entlastung bei den Mineralölkonzernen statt bei den Verbrauchern ankommt – genau diese Erfahrung wurde beim Tankrabatt 2022 gemacht. Bundesminister der Finanzen Lars Klingbeil hatte deshalb weiterreichende Maßnahmen vorgeschlagen: einen Preisdeckel nach europäischem Vorbild, eine Mobilitätsprämie und eine Übergewinnsteuer. In Luxemburg, Belgien und Griechenland gibt es staatliche Höchstpreise oder Margenbegrenzungen für Kraftstoffe – diese Instrumente sind in europäischen Marktwirtschaften erprobt und funktionieren. Angesichts der voraussichtlichen Dauer der Krise wird die Koalition voraussichtlich nachlegen müssen. Die Übergewinnsteuer muss dabei ein zentraler Baustein sein: Wenn Mineralölkonzerne geopolitische Krisen für überhöhte Margen nutzen, ist die Abschöpfung dieser Sondergewinne ein Gebot der Fairness. Die EU hat mit dem Energiekrisenbeitrag 2022 ein funktionierendes Instrument geschaffen, das reaktiviert werden kann.

Die aktuellen Vorschläge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag liefern keine Antwort auf die aktuelle Krise. Keine der Forderungen adressiert den Spritpreis, das Thema, das die Menschen in Bayern derzeit am unmittelbarsten belastet. Die geforderte Entlastungsprämie ist bereits Gegenstand des Koalitionsausschussbeschlusses. Die befristete Senkung des Deutschlandtickets auf 49 Euro ist verkehrspolitisch nachvollziehbar, aber: Die Preiserhöhung auf 63 Euro war Folge eines Finanzierungskonflikts zwischen Bund und Ländern, eine Rückkehr auf 49 Euro würde Milliardenkosten verursachen, die der Antrag weder beziffert noch gegenfinanziert. Der geforderte Solarbonus ist als Idee interessant, aber ohne jede Angabe zu Abrechnungssystemen und Umsetzbarkeit. Der kostenlose Energie-Check bietet gegenüber der bestehenden geförderten Energieberatung keinen erkennbaren Mehrwert und ist kein Krisenentlastungsinstrument. In der Gesamtschau bleibt der Antrag eine Sammlung unterschiedlichster Einzelforderungen, die der Kernfrage – wie können die explodierten Kraftstoffpreise jetzt gesenkt werden – ausweicht.

Die aktuelle Krise zeigt mit aller Deutlichkeit, dass die fossile Abhängigkeit Deutschlands ein unmittelbares wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Risiko ist. Solange Mobilität, Wärmeversorgung und Teile der Stromerzeugung von Öl und Gas abhängen, bestimmen geopolitische Akteure über die Energiepreise in Deutschland mit. Die einzige dauerhafte Antwort ist die Beschleunigung der Energiewende durch konsequente Elektrifizierung: Ausbau der Stromnetze und Speicher, damit erneuerbare Energien zuverlässig zur Verfügung stehen; Förderung der Elektromobilität, damit die nächste Ölpreiskrise nicht mehr jeden Pendler trifft; Förderung von Wärmepumpen, damit Millionen Haushalte nicht mehr am Gaspreis hängen. Die im Koalitionsvertrag vereinbarte, aber bisher verschobene Senkung der Stromsteuer auf das Europäische Mindestmaß für alle Verbraucher ist dabei eine Schlüsselmaßnahme: Niedrigere Strompreise machen Wärmepumpen und E-Autos wirtschaftlich attraktiver und beschleunigen den Umstieg. Der Bundesrat hat sich dafür ausgesprochen, sie muss jetzt kommen. Elektrifizierung ist keine abstrakte Klimaschutzmaßnahme – sie ist konkrete Krisenvorsorge. Jedes E-Auto, jede Wärmepumpe, jeder Batteriespeicher macht Bayern unabhängiger von den fossilen Weltmärkten und den geopolitischen Risiken, die sie mit sich bringen.